

VORRATSDATENSPEICHERUNG

Am 09.11.2007 haben die Abgeordneten der CDU, CSU und SPD gegen die Stimmen der Opposition die Vorratsdatenspeicherung endgültig verabschiedet.

Alle Anbieter von Kommunikationsdiensten (Telefon-, Internet-, Emailprovider usw.) müssen, ohne einen konkreten Tatverdacht, künftig die gesamten Verkehrs- und Standortdaten ihrer Nutzer über mindestens sechs Monate für staatlichen Zugriff vorrätig halten. Dazu gehören die zugewiesene Internetadressen (IP), alle Mailkontakte sowie die Information, wann man mit wem von wo aus telefoniert hat. Diese Vorratsdatenspeicherung trifft alle unschuldigen 80 Millionen Bürger in Deutschland, da Kriminelle und Terroristen diese leicht umgehen können. Die hohen Datenmengen und ihre Speicherung belasten die Internetprovider mit hohen Kosten, die zu einer Verteuerung von Internetzugängen führen werden. Die Auswertung der vielen Verbindungsdaten wird die Strafverfolgung überlasten und ihre Kapazität wird nicht mehr im vollen Umfang für die Verbrechensbekämpfung zur Verfügung stehen.

Gegen die Vorratsdatenspeicherung wird bereits durch den AK-Vorratsdatenspeicherung vor dem Verfassungsgericht geklagt. Viele sind der Meinung, dass die Vorratsdatenspeicherung gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte verstößt.

Trotzdem hat unsere Bundesregierung die Vorratsdatenspeicherung verabschiedet, gegen die offensichtlichen von vielen Organisationen angeordneten Rechtsbrüche. Dadurch bürdet sie den Telekommunikationsunternehmen in Deutschland hohe Kosten auf, obwohl absehbar ist, dass die Vorratsdatenspeicherung mit hoher Wahrscheinlichkeit für verfassungswidrig erklärt werden wird.

Für die Speicherung von Internetadressen und Mailkontakte, gab es eine Übergangsregelung bis Ende 2008. Das traurige Ergebnis ist also die vollständige Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung ab 01. Jan. 2009.

ONLINE-DURCHSUCHUNGEN

Um dem Staat heimlichen Zugriff auf gespeicherte Daten (Kontakte, Korrespondenz, Chat-Mitschnitte, besuchte Internetseiten) zu gewähren, können staatliche Ermittler über das Internet unbemerkt Spionagesoftware („Bundestrojaner“) auf Firmen- und Privatrechner einschleusen.

Am 25.04.2007 wurde bekannt, dass solche verdeckten Online-Durchsuchungen bereits seit 2005 auf Anordnung Otto Schilys durchgeführt werden, obwohl sie vom Grundgesetz und der Strafprozessordnung nicht gedeckt sind. In der Großen Koalition wurde daher versucht, über das neue BKA-Gesetz eine gesetzliche Grundlage für Online-Durchsuchungen zu schaffen. Jede Datei auf allen Computern in Deutschland, und sei sie noch so geheim und privat, kann somit gelesen werden, ohne dass der Benutzer dies überhaupt bemerkt.

Der AK-Vorratsdatenspeicherung ist der Meinung, dass Daten die im geheimen beschafft werden, auch im geheimen manipuliert werden können. Bei über den Bundestrojaner beschafften Daten kann hinterher kein Fachmann mehr feststellen ob diese Daten so auch wirklich auf dem Zielrechner vorhanden waren.

*Man darf nicht warten, bis der
Freiheitskampf Landesverrat
genannt wird!*

- Erich Kästner -

Es ist allerhöchste Zeit sich einzumischen!

V.i.S.d.P.
Kai-Uwe Steffens, Richtkamp 6, 21423 Winsen

Informationsstände immer Samstags
ab 11:00 Uhr am Hauptbahnhof:



Kommt an den Stand und holt euch
Informationsmaterial und Flyer ab und
verteilt sie an alle Interessierten.



Karte von <http://www.openstreetmap.de>

Unsere Forderungen:

1. Weniger Überwachung

- keine Totalprotokollierung von Telefon, Handy und Internet (Vorratsdatenspeicherung),
- keine heimliche Durchsuchung von Computern,
- Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raums, keine automatische Gesichtskontrolle,
- Stopp von Biometrie und RFID-Chips in Ausweisen und Reisepässen,
- keine Vorratsspeicherung von Flugpassagierdaten,
- keine geheimdienstlichen Befugnisse für das BKA (BKA-Novelle)
- kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich auf öffentlichen Straßen.
- Den sofortigen Stopp der elektronischen Gesundheitskarte.

2. Bestehende Überwachungsgesetze auf den Prüfstand stellen.

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädliche Nebenwirkungen.

3. Stopp für neue Überwachungsgesetze

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

Freiheit statt Angst

»frohes« neues Jahr 1984

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Bürgertelefon: 040 / 228 133 42



Unterstützer:



<http://gewstudis.blogspot.de>

Aktion: Stoppt die e-Card
www.stoppt-die-e-card.de



<http://www.no-ya.de>



attac Hamburg

<http://www.attac-netzwerk.de/hamburg>



<http://www.piratenpartei-hamburg.de>

<http://ich.waehlepiraten.de>

Freiheit statt Angst

»frohes« neues Jahr 1984

Sylvesterdemonstration
für Freiheit und
Privatsphäre und
gegen ausufernde staatliche
Überwachung.

Start: 31. Dez. 2008 14:00

Hamburg / Mönckebergstr.

AK VORRAT

Abschlusskundgebung: 16:30

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Bürgertelefon: 040 / 228 133 42

